

Verband warnt vor eklatantem Lehrermangel

Die «oberste Lehrerin» der Schweiz sieht die Bildungsqualität in Gefahr

MICHELE COVIELLO, ISABEL HEUSSER

In einigen Kantonen hat am Montag das Schuljahr wieder begonnen – mit grossen Problemen, wie der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) in einer Pressekonferenz in Bern mitteilte. Der Personalmangel sei «eklatant», sagte die LCH-Zentralpräsidentin Dagmar Rösler. Die Qualität der Ausbildung sei in Gefahr, das bereite ihr grosse Sorgen. Der Verband habe seit Jahren darauf hingewiesen, doch die Schulen müssten nun die Untätigkeit der Politik ausbaden, sagte Rösler. Im Kanton Aargau etwa, der am Montag den Unterricht wiederaufgenommen hat, sind laut Rösler 223 Stellen noch offen. Die Westschweiz sei leicht weniger betroffen, besonders stark seien es der Aargau und der Kanton Bern.

Notfallmassnahme in Zürich

Der Mangel bestehe aufgrund der demografischen Entwicklung mit zahlreichen Pensionierungen von Lehrkräften und der steigenden Zahl an Schülerinnen und Schülern. Oft würden Stellen mit Personen besetzt, die nicht adäquat für die Aufgabe oder die jeweilige Stufe ausgebildet seien. Im Kanton Bern seien 10 Prozent der Lehrerstellen davon betroffen. Zusammen mit dem Syndicat des enseignants et enseignant stellt der LCH deshalb Forderungen. Es brauche etwa eine finanzielle Unterstützung für Personen in Ausbildung und Entlastung für Klassenlehrerinnen und -lehrer. Image und Attraktivität des Berufes müssten ver-

bessert werden. Einzelne Kantone hätten schon Massnahmen eingeleitet, es handle sich aber um Notlösungen.

Der Ukraine-Krieg habe nichts mit dem Mangel an Lehrkräften zu tun, dieser hätte bereits davor bestanden, sagte Rösler. Trotzdem bringe die Ukraine-Krise neue Herausforderungen. Wie Antoinette Killias, Zentralsekretärin des LCH, ausführte, braucht es zusätzliche Ressourcen für die Flüchtlingskinder im schulpsychologischen Bereich wie auch im Bereich der Sozialarbeit.

Im Kanton Zürich fängt der Unterricht am 22. August wieder an. Kurz vor den Sommerferien waren fast 250 Stellen in der Volksschule unbesetzt, jetzt sind es noch 40 – gemessen an den rund 21 400 Stellen im Kanton eine recht tiefe Zahl. Christian Hugi, Präsident des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbands, führt dies darauf zurück, dass Schulen offene Stellen durch ein Vikariat besetzen lassen konnten. Zudem erlaubt die Bildungsdirektion als Notfallmassnahme, dass Personen ohne Lehrerdiplom unterrichten dürfen. «Das ist für die Schulgemeinden sicher eine Entlastung», sagt Hugi.

Allerdings dürften die Risiken dieser Übergangslösung nicht unterschätzt werden. «Wenn der Eindruck entsteht, dass Motivation und ein Händchen für Kinder für den Lehrerberuf reichen, ist das falsch.» Es gehe nicht nur darum, Wissen zu vermitteln. «Die verbale und non-verbale Kommunikation mit den Kindern ist enorm wichtig. Das wird in der Ausbildung vermittelt», sagt Hugi. Abzuwarten bleibe zudem, wie Eltern darauf reagier-

ten, wenn der Sprössling von einer Person ohne Ausbildung unterrichtet werde.

Hugi blickt bereits Richtung Ende der Herbstferien, wenn die Vikariate auslaufen. «Dann wird sich zeigen, ob diese offenen Stellen besetzt werden können.» Er hofft, dass möglichst viele Personen, die ohne Diplom im Klassenzimmer stehen, eine Ausbildung beginnen. «Für diejenigen, die mitten im Berufsleben stehen und sich einen längeren Lohnausfall eigentlich nicht leisten können, braucht es aber Anreize.» Und parallel dazu müsse die Zürcher Bildungsdirektion Lehrpersonen möglichst rasch entlasten, damit sich diese wieder ihrem eigentlichen Auftrag widmen könnten: dem Unterrichten. Sonst seien Lehrpersonen, die frisch anfangen, rasch entmutigt – und verliessen den Beruf wieder.

Pensen aufstocken

Aus Sicht der zuständigen Regierungsrätin Silvia Steiner (Mitte) wäre das einfachste Mittel gegen den Lehrermangel eine Aufstockung der Pensen. Im Schuljahr 2020/21 lag der durchschnittliche Beschäftigungsgrad bei 69 Prozent. Gegenüber der NZZ hatte die Bildungsdirektion vor den Sommerferien angegeben, bereits weitere Massnahmen getroffen zu haben. Unter anderem würden Schulen bei der Integration und Begleitung von Personen ohne Lehrerdiplom mit Angeboten der Pädagogischen Hochschule entlastet. Diplomlosen Neu-Lehrern, die sich bewährten, wolle man den Zugang zur Hochschule erleichtern.